

Geschichte und Verantwortung:

Schatten der Vergangenheit über dem deutschen Verhältnis
zum israelisch-palästinensischen Konflikt

von
Gert Krell

Vortrag bei der Adam-von-Trott-Stiftung

16. September 2016

Eine ausführliche Fassung in englischer Sprache mit Belegen und Literaturverzeichnis findet sich auf der Web-Seite der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK, www.hsfk.de), und zwar als Working Paper No. 26 vom November 2015. Der Titel lautet: *Shadows from the Past: The Nazi-Regime, the Holocaust, and Germany's Relationship towards the Israeli-Palestinian Conflict.*

Dr. Gert Krell
Prof. em., Institut für Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt am Main
mail@gert-krell.de, www.gert-krell.de

1. Einleitung

In der deutschen Diskussion waren Israel und der israelisch-palästinensische Konflikt nie nur Gegenstand nüchterner empirischer Analyse, sondern immer auch Projektionsflächen für Schuldgefühle oder deren Abwehr. Wahrscheinlich schneidet Deutschland bei der Verarbeitung seiner historischen Verbrechen im Vergleich mit anderen Ländern gut ab; allerdings waren die deutschen Verbrechen auch besonders gravierend, und das verbreitete Selbstbild einer bei der sogenannten Vergangenheitsbewältigung vorbildlichen Nation hat durchaus große blinde Flecken. Zwar spielt die Leugnung des Holocaust heute kaum noch eine Rolle, aber gravierende Verzerrungen der „Vergangenheit“ oder auch der Gegenwart im Lichte dieser Vergangenheit gibt es immer wieder, auch 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie kommen nicht nur von Politikern, sondern auch von Geistesgrößen in der Philosophie oder der Literatur. So gab z.B. der im April 2015 verstorbene Günter Grass dem israelischen Journalisten und Historiker Tom Segev 2011 ein furchtbares Interview, in dem er behauptete, die Sowjetunion habe „sechs Millionen“ deutsche Kriegsgefangene „liquidiert“. (Bitte beachten sie die Zahl und die Wortwahl!) Tatsächlich waren überhaupt nur insgesamt drei Millionen deutsche Soldaten in russischer Gefangenschaft, und von ihnen ist eine Million umgekommen, zu einem großen Teil infolge der katastrophalen Lebensbedingungen in der vom Krieg verwüsteten Sowjetunion, die bekanntlich auf das Konto des deutschen Aggressions- und Vernichtungskrieges gehen. Und 2012 schrieb Grass ein infames politisches Gedicht über Israels Konflikt mit dem iranischen Nuklearprogramm, in dem er vorgab, Israel sei nicht nur die größte oder sogar einzige Gefahr für den Frieden in der Region, sondern auch eine große Gefahr für den Weltfrieden. Es sei bereit, die Vernichtung der Iraner und zusammen mit ihnen der ganzen Welt in einem globalen Nuklearkrieg zu riskieren, und zwar alles nur wegen eines Maulhelden, dessen Angebereien man nicht ernst zu nehmen brauche.

Auch wenn wir solche offensichtlichen Fehldeutungen beiseitelassen, sind die Kriterien für ein angemessenes deutsches Verhältnis zu Israel nicht selbstverständlich oder ohne logische oder praktische Widersprüche. Ein zentrales Element der offiziellen deutschen Haltung zu den Herausforderungen seiner Geschichte und der daraus folgenden Verantwortung ist die Unterstützung für Israels Sicherheit, die Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede vor der Knesset am 18. März 2008 als unverhandelbar bezeichnete und zum Bestandteil deutscher Staatsräson erklärte. Gewiss war ihr bewusst, was sie damit auf einer allgemeinen Ebene zum Ausdruck bringen wollte, aber es blieb und bleibt doch die Frage, wie Israels Sicherheit denn am besten zu gewährleisten ist und was Solidarität mit Israel genau bedeutet.

Die Probleme beginnen mit der politischen Basis von Deutschlands Verpflichtungserklärung und auf der israelischen Seite mit dem grundlegenden Tatbestand, dass der jüdische Staat seine Sicherheit niemals von Unterstützungsversprechen Dritter abhängig machen wird. Was die Unterstützung in ihrem eigenen Land angeht, so hat die Kanzlerin möglicherweise tatsächlich zu viel versprochen. In einer Umfrage von 2008 sahen 53 Prozent „keine besondere Verantwortung gegenüber Israel“. 58 Prozent waren dafür, dass Deutschland Israel politisch unterstützt, wenn es angegriffen werde; 82 Prozent waren gegen finanzielle und 81 gegen militärische Unterstützung mit Soldaten. In einer etwas jüngeren Umfrage von 2014 sprachen sich 58 Prozent der Befragten dafür aus, einen Schlussstrich unter das Thema der deutschen Verbrechen gegen die Juden zu ziehen. Immerhin stieg auf der anderen Seite die Zahl derjenigen, für die die Schoah auch heute noch von Bedeutung ist, von 20 Prozent (1991) auf 38 Prozent (2014).

Zu diesen Einschränkungen kommen praktische Probleme. So kann es durchaus sein, dass Israel die deutsche Sichtweise israelischer Interessen und die sich daraus ergebenden politischen Haltungen und Handlungen gar nicht gutheißt, wie etwa die Kontroverse über das Abkommen zur Einhegung des iranischen Nuklearprogramms nachdrücklich dokumentiert. Gerade für die deutsche Politik dürfte es auf absehbare Zeit schwierig bleiben, Israel die eine oder andere Sorge um seine Sicherheit auszureden, wie immer unbegründet sie auch erscheinen mag. Aber nicht nur die konkreten Inhalte israelischer Sicherheit können sich in den deutsch-israelischen Beziehungen als strittig erweisen, sondern auch die buchstäblich grundlegende Frage nach der genauen Konfiguration dessen, was denn gesichert werden soll. Israel soll in sicheren Grenzen leben können, ist die weitgehend selbstverständliche und oft wiederholte deutsche Position – freilich mit einer wichtigen Einschränkung: Mit den sicheren Grenzen sind diejenigen vor den Eroberungen des Sechs-Tage-Krieges von 1967 gemeint. Die deutsche Staatsräson umfasst keine weitergehenden territorialen Ansprüche egal welcher israelischen Regierung oder Gruppierung. Man mag das für eine politisch und völkerrechtlich vertretbare oder sogar vernünftige Position halten, aber wie soll Deutschland seine Unterstützung für Israels Sicherheit aufteilen zwischen dem israelischen Kernland einerseits und den besetzten Gebieten andererseits, die doch ideologisch, wirtschaftlich, politisch und militärisch eng miteinander verflochten sind. Deutschlands Problem ist, dass viele Israelis, darunter der gegenwärtige Premierminister und der Staatspräsident, der Meinung sind, die Grenzen vor 1967 seien *unsicher*, und zwar entweder prinzipiell oder jedenfalls unter den gegebenen bzw. absehbaren Umständen.

Erschwerend kommt hinzu, dass bedeutende jüdische Stimmen, innerhalb und außerhalb Israels, Deutschland und andere Freunde in die entgegengesetzte Richtung drängen. Sie sind überzeugt davon, dass sich Israel auf einen selbstzerstörerischen Kurs begeben hat, und zwar sowohl politisch als auch moralisch. Sie warnen vor einem militärisch-bürokratisch-ideologischen Siedlungs-Komplex, der nicht nur die Zukunftsaussichten der Palästinenser verdunkle, sondern auch Israels Zukunft gefährde. Hunderte israelische Wissenschaftler, Intellektuelle und Künstler unterzeichneten am 8. Mai 2015 einen dringenden Aufruf für ein Ende der Besatzung und für eine Intervention der internationalen Gemeinschaft. Aus „tiefer Sorge für das physische Überleben und die moralische Integrität unseres Landes“, wie es in dem Aufruf wörtlich hieß, sprachen sie sich für internationale Unterstützung der palästinensischen Appelle an die Vereinten Nationen aus mit dem Ziel einer sofortigen Anerkennung Palästinas als Vollmitglied, und sogar für einen wirtschaftlichen und kulturellen Boykott des gesamten Siedlungsprojekts in den seit Juni 1967 besetzten Gebieten.

Eine weitere Komplikation ergibt sich aus der Debatte über angemessene deutsche Konsequenzen aus dem Holocaust. Der bekannte israelische Autor und Regisseur Etgar Keret sagte einmal in einem Interview, die Deutschen seien dazu verpflichtet, die Welt sicherer für *alle Menschen* zu machen und nicht nur für die Israelis. Das aber würde bedeuten, dass sich aus der historischen und moralischen Grundlegung für Deutschlands politische Haltung auch sehr widersprüchliche Konsequenzen in den Beziehungen zu Israel ergeben können, und zwar vor allem dann, wenn und insoweit Solidarität mit Israel zur Vernachlässigung oder gar Verletzung der Menschenrechte Dritter führt. In arabischen oder anderen islamisch geprägten Ländern ist bekanntlich die Auffassung weit verbreitet, auch die Palästinenser seien in gewisser Weise Opfer des Rassenfanatismus der Nazis geworden: und zwar über die Gründung Israels als eine Folge des Holocaust. Aus schlechtem Gewissen wegen des Holocaust habe die Welt den Palästinensern die Juden aufgezwungen.

Einige Israelis oder andere entschiedene Pro-Zionisten vertreten freilich eine ganz andere Auffassung vom Dreieck zwischen Nationalsozialismus, dem *Jischuw* (also der jüdischen Gemeinschaft in Palästina vor der Staatsgründung) und den Arabern. Sie meinen, die zentrale Ursache für den israelisch-palästinensischen Konflikt sei immer schon der arabische Antisemitismus gewesen, gegen den sich die jüdischen Einwanderer von Anfang an hätten zur Wehr setzen müssen. Ohne die vom mörderischen Judenhass der Nazis aufgestachelte Unnachgiebigkeit der Araber wäre eine friedliche Regelung des Konflikts zwischen der ortsan-

sässigen arabischen Bevölkerung in Palästina und den jüdischen Einwanderern möglich gewesen.

Ich möchte mich im Folgenden etwas genauer mit diesen beiden historischen Hypothesen beschäftigen, um so etwas mehr Klarheit über die Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle Haltung Deutschlands zu gewinnen. Viele Israelis wehren sich vehement gegen die Herstellung einer Verbindung zwischen dem Holocaust und ihrem Konflikt mit den Palästinensern. Sie sehen darin eine Manipulation deutscher Schuldgefühle, eine Verharmlosung des Holocaust oder eine Verzerrung der Ursachen des Nahost-Konflikts zugunsten der Palästinenser. Deshalb möchte ich vorab zwei Punkte klarstellen. Diese Hypothese bedeutet nicht, die Nazis hätten einen jüdischen Staat in Aussicht genommen oder gar gründen wollen; auch wenn jüdische Auswanderung aus Deutschland (und Österreich) nach Palästina unter führenden Nationalsozialisten einschließlich Hitlers selbst bis in die späten dreißiger Jahre eine Option für die erwünschte „Lösung der Judenfrage“ darstellte. Hätte Nazi-Deutschland den Krieg in Nordafrika gewonnen, dann wäre es wahrscheinlich auch gegen die jüdische Gemeinschaft in Palästina vorgegangen.

Überlegungen über einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Holocaust und der israelischen Staatsgründung besagen ebenfalls nicht, die Juden hätten mit den Palästinensern dasselbe gemacht wie die Nazis mit den Juden. Leider sind solche abwegigen Vergleiche in arabischen Ländern weit verbreitet, auch in Deutschland und in Europa insgesamt. Aber in den Kriegen zwischen den Arabern und dem Jischuw bzw. Israel waren stets *beide* Seiten Täter *und* Opfer, und zu keiner Zeit war Genozid Teil der zionistischen Programmatik oder Praxis. Die Hypothese besagt nur das folgende, und hier greife ich auf ein Zitat von Fritz Stern zurück, dem am 8. Mai diesen Jahres verstorbenen amerikanischen Historiker deutscher Herkunft:

Der Holocaust hatte den zionistischen Anspruch auf einen jüdischen Staat, auf Israel, moralisch unausweichlich und zu einer physischen Notwendigkeit gemacht, aber die Palästinenser, die 1948 ihre Heimat verloren, waren ebenfalls seine indirekten, nicht genügend anerkannten Opfer. (...) Ohne Hitlers Deutschland und seinen Griff nach der Weltherrschaft wäre Deutschland nicht geteilt und Israel nicht geschaffen worden.

(Fritz Stern, Fünf Deutschland und ein Leben, München 2006, S. 441 und 523).

2. Der Holocaust und die Gründung Israels

2.1 Das NS-Regime, der Krieg und die jüdische Einwanderung

Mit der fünften *Alijah* zwischen 1932 und 1939 erhöhte sich der Anteil jüdischer Einwohner in Palästina von 18 auf 30 Prozent. Im Jischuw galt diese Einwanderung oft als „die deutsche Alijah“. Zweifellos waren die deutschen Immigranten wichtig, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, aber die *Jeckes*, wie sie oft genannt wurden, blieben eindeutig in der Minderheit. Mit der Machtergreifung der Nazis stieg der Anteil der deutschen Einwanderer um das Zehnfache – von einem Jahresdurchschnitt von 2,5 auf 25 Prozent; aber auch in den dreißiger Jahren kamen 75 Prozent der Immigranten aus anderen Ländern. 40 Prozent kamen aus Polen, eine Reaktion auf den polnischen Rechtsextremismus und Antisemitismus und die Politik der Polonisierung. Tragischerweise verließen zu wenige Juden Deutschland rechtzeitig.

Ob und inwieweit man die Einwanderung von Überlebenden zwischen dem Ende des Krieges und der Gründung des Staates Israel als eine Folge des Holocaust deuten kann, wird von den Experten kontrovers diskutiert. Alter und neuer Antisemitismus in Osteuropa und die Installierung kommunistischer Regime spielten auch eine wichtige Rolle. Die entscheidende Einwanderungswelle, die für die Stabilisierung und Entwicklung des neuen Staates den Ausschlag gab, einschließlich der Einwanderung einer großen Zahl von Juden aus arabischen Ländern, kam erst nach der Staatsgründung.

Der Holocaust war von großer Bedeutung für die Konstituierung des jüdischen Volkes als imaginierte politische Gemeinschaft und für die Konsolidierung des Zionismus als weithin akzeptierte Ideologie. Aber hier liegt auch eine bittere historische Ironie: Der Holocaust stärkte den Zionismus, der immer eine Minderheitsposition unter den Juden gewesen war im Vergleich zu anderen Tendenzen wie Assimilation, Emanzipation oder Sozialismus. Gleichzeitig aber beraubte er ihn seiner größten Stütze, der osteuropäischen Juden. Und so kommt Jehuda Bauer, einer der bekanntesten Holocaust-Forscher, zu der Auffassung, Israel sei nicht *wegen*, sondern *trotz* des Holocaust entstanden. Hätte der Krieg noch ein Jahr länger gedauert, dann hätte es nicht mehr genug Juden gegeben, die für ihre neue nationale Heimat in Palästina hätten kämpfen können.

2.2. Der internationale Entscheidungsprozess

Nachdem Großbritannien 1947 sein Mandat über Palästina an die Vereinten Nationen übertragen hatte, war die UNO um eine Lösung für den inzwischen bürgerkriegsähnlichen Konflikt zwischen dem Jischuw und den arabischen Palästinensern bemüht, um einen Krieg zu verhindern. In den Planungen sprachen die Schoah und die schwierige Lage der Überlebenden in den Lagern für die „Displaced Persons“ in Europa für eine Teilung und damit einen jüdischen Staat. (Der Bericht der Ausschussminderheit sprach sich dagegen für eine föderale Union unter arabischer Vorherrschaft aus.) Andere Faktoren waren politischer und auch wirtschaftlicher Druck von Seiten der USA vor allem auf kleinere Mitgliedsstaaten, aber auch Sympathien oder zumindest Respekt bei einigen Entwicklungsländern für den Kampf des Jischuw gegen den britischen Imperialismus in der Endphase der Mandatszeit. Hinzu kamen schwerwiegende diplomatische Fehler der arabischen Seite. Die Idee einer Teilung Palästinas hatte freilich auch so einiges für sich, wenn man bedenkt, welche Intensität die Feindseligkeiten schon gewonnen hatten.

Von größter Bedeutung für das Teilungsvotum der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit in der Generalversammlung war die Kooperation der beiden großen ehemaligen antifaschistischen Verbündeten, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die an der Schwelle zu ihrem eigenen Supermacht-Konflikt standen. In den USA hatte der Holocaust nicht nur die Position der Zionisten unter den amerikanischen Juden gestärkt, sondern auch viel Empathie für das jüdische Schicksal unter den nicht-jüdischen Amerikanern und im Kongress hervorgerufen. Ein „nationales Heim“ für die Juden in Palästina bot auch einen Ausweg für den Widerstand in den USA gegen Einwanderung. Präsident Truman erhielt von seinen wichtigsten Ministern und Ratgebern widersprüchliche Empfehlungen. Am Ende entschied er sich, Versprechungen seines Vorgänger Franklin D. Roosevelt und von ihm selbst gegenüber König Saud zu ignorieren, denen zufolge nicht ohne Einbeziehung der Araber über Palästina entschieden werden sollte. Präsident Truman ging es bei seiner Entscheidung für Israel nicht nur um seine Wiederwahl, sondern auch um allgemeine außenpolitische Überlegungen. Er hoffte, die Teilung werde eine Region stabilisieren, die in den neuen Supermachtkonflikt mit der Sowjetunion einbezogen zu werden drohte (so befürchtete er, der Jischuw oder Israel könnte sich auf die Seite der Sowjetunion stellen), und er wollte unbedingt eine Lösung für die jüdischen Überlebenden in den amerikanischen Lagern in Europa.

Zur Überraschung aller Beteiligten unterstützte die Sowjetunion die Teilung Palästinas und damit die Gründung eines jüdischen Staates, die sie ausdrücklich mit dem Holocaust rechtfertigte. Die UdSSR half nicht nur diplomatisch bei der Etablierung Israels, sondern auch militärisch, nämlich mit ihrer Zustimmung zu Waffenlieferungen aus der CSSR. Ihre Motive waren freilich mehr realpolitischer als moralischer Natur. Weil der Zionismus auch gegen Großbritannien gekämpft hatte, hatte er sich in den Augen der Sowjets von einem Instrument *des* Imperialismus in eines *gegen* ihn verwandelt. Die UdSSR glaubte, das britische Empire durch die Gründung eines jüdischen Staates in Verlegenheit bringen zu können, eines Staates, der auch sozialistische Züge zu tragen schien. Die Sowjets änderten freilich bald ihre Haltung mit einer neuen realpolitischen Wende und schwenkten Mitte der fünfziger Jahre mit Waffenlieferungen zurück auf die arabische Seite.

3. Das NS Regime, die Araber und der israelisch-palästinensische Konflikt

3.1 Deutsche Strategien und muslimische Reaktionen

Nach den ersten großen Rückschlägen in Nordafrika und Russland setzten Wehrmacht und SS vermehrt Hoffnungen auf die Kooperation mit der islamischen Welt. Sie brauchten dringend Soldaten und wollten Großbritannien und der Sowjetunion Schwierigkeiten in ihren jeweiligen Hinterländern bereiten. Mit umfangreichen Propaganda-Aktionen, im Wesentlichen in der Sowjetunion, auf dem Balkan und in Nordafrika, warben sie um Unterstützung für ihre Sache. Dabei unterstrichen sie vermeintliche Ähnlichkeiten zwischen Islam und Nationalsozialismus und betonten sie die gemeinsamen Feinde: Imperialismus, Kommunismus und Judentum.

Die Reaktionen in der sogenannten islamischen Welt, die mehr in deutschen panislamischen Fantasien existierte als in der Realität, waren sehr gemischt: einige positiv, andere negativ oder neutral; einige ideologisch, andere opportunistisch. Dort wo islamische oder ethnische Traditionen unter starkem Druck standen, etwa in südlichen Gebieten der UdSSR wie der Krim oder dem Kaukasus, waren deutsche Propaganda und relative Großzügigkeit gegenüber islamischer Religionspraxis oft erfolgreich. Die Wehrmacht bildete aus den Muslimen in der Region vier Legionen, die an ihrer Seite gegen die Sowjetunion kämpften. Auf dem Balkan, wo die Muslime unter gewalttätigem Druck von kommunistischen Partisanen, radikalen serbischen Cetniks und kroatischer Ustascha standen, wandten sich viele Muslime den Deutschen zu, weil sie sonst niemanden hatten, an den sie sich wenden konnten. Hier gründete die SS die

sogenannte Handzar Division. Gegen Ende des Krieges schlossen sich jedoch mehr und mehr Muslime den Milizen Titos an, auch wenn sie damit brutale deutsche Repressalien riskierten.

Versuche der Wehrmacht und der SS, arabische Formationen einzurichten, waren weniger erfolgreich. Im Februar 1943 sollen in Nordafrika etwa 2.400 Araber unter deutschem Kommando gestanden haben. Fahnenflucht und Überläufer waren jedoch „ernste Probleme“, und im Vergleich mit anderen muslimischen Rekruten erwiesen sich die arabischen Freiwilligen als „exceptionally disloyal – a complete failure“, wie es in einem neueren Fachbuch heißt. (David Motadel, *Islam and Nazi Germany's War*, Cambridge, Mass. 2014, S. 227-228)

3.2 Eine differenzierte Sicht arabischer Kollaboration

Das heißt mitnichten, dass es unter den Arabern keine Sympathien für die Nazis gegeben hätte, ganz im Gegenteil. Einige arabische Nationalisten erhofften sich von den Deutschen Hilfe gegen den britischen Imperialismus und die jüdische Kolonisation. Bei den Panislamisten ergaben sich die größten ideologischen Affinitäten, vor allem wegen einer partiellen Korrespondenz zwischen ihrem religiös begründeten Antijudaismus und dem rassistischen Antisemitismus der Nazis. Daraus folgte jedoch keineswegs zwingend ein Bündnis mit Deutschland, wie das saudische Beispiel zeigt. Und es bedeutete auch nicht, dass es allgemein und überall eine Nähe zwischen Islam und Nationalsozialismus gegeben hätte. So prangerte z.B. der iranische Mullah Musavi, der später als Ajatollah Khomeini bekannt wurde, in seinem ersten großen politischen Dokument die „hitleristische Ideologie“ als „das giftigste und abscheulichste Produkt des menschlichen Geistes“ an. (Ebda., S. 109, meine Übersetzung)

Der arabische Kollaborateur *par excellence* war Muhammad Amin al-Husseini, ein palästinensischer Nationalist und rücksichtsloser Antisemit. Als Mufti von Jerusalem war er ein führender Repräsentant der islamischen Welt und als Vorsitzender des Obersten Arabischen Komitees auch eine Art Sprecher der palästinensischen Araber. Wegen seiner Rolle im arabischen Aufstand in Palästina 1936-39 wurde er von den Briten gesucht. 1941 setzte er sich nach Berlin ab, wo er sich zum gut bezahlten Sprachrohr für die deutsche Propaganda entwickelte und wo er versuchte, Einfluss auf die deutsche Politik zu nehmen. Das dramatischste Beispiel war seine Intervention gegen die Auswanderung von Juden aus Deutschlands südosteuropäischen Satellitenstaaten nach Palästina. Davon abgesehen war sein Einfluss begrenzt. Es kam trotz der Bemühungen des Mufti nicht zur deutschen Unterstützung einer arabischen oder palästinensischen Unabhängigkeit, obwohl Hitler ihm bei ihrem ersten Tref-

fen im November 1941 versichert hatte, der Kampf gegen einen jüdischen Staat in Palästina sei Teil des unermüdlichen deutschen Kampfes gegen die Juden – was zu diesem Zeitpunkt schon die „Endlösung“ bedeutete. Die Nazis brauchten den Mufti nicht als nationalistische, sondern als panislamische Führungsfigur. Als solche überschätzten sie freilich seinen Einfluss erheblich.

Vor Ort in Palästina waren die Grenzen zwischen antizionistischer und antijüdischer Agitation fließend, aber man darf nicht vom Beispiel des Mufti und seiner Unterstützer auf die gesamte palästinensische Gemeinschaft schließen. Wie ein Bericht des SD, des Nachrichtendienstes der NSDAP, 1937 feststellte, zeigte die arabische Bevölkerung in Palästina nicht das erforderliche Verständnis für die nationalsozialistische Bewegung. Die Gegnerschaft gegen die Juden stütze sich nicht auf Rassenhass, sondern sei eine soziale Frage, die sich um den Landbesitz drehe, so hieß es dort. Eine jüdische Frage im nationalsozialistischen Sinne existiere in Palästina nicht.

Die Araber haben sich an vielen Stellen gegen den europäischen Kolonialismus zur Wehr gesetzt, und zwar schon lange vor den Nazis; so wie es fast alle ortsansässigen Einwohner fast überall getan haben – nicht nur gegen Herrschaft oder Unterwerfung durch externe Mächte, sondern auch gegen Siedlungskolonialismus. Und hier gibt es in der Tat eine wichtige Differenz: Der europäische Antisemitismus war und bleibt paranoid und halluzinatorisch; ihm fehlt jegliche Basis in der sozialen Wirklichkeit. In Europa waren die Juden als Kollektiv für niemanden eine Bedrohung. Der moderne arabische oder islamische Antisemitismus, der heute viel stärker ist als in anderen Regionen oder Kulturen, ist auch paranoid und halluzinatorisch, aber er ist mit einem echten politischen Gruppenkonflikt verknüpft, den er mit nährt und von dem er mit genährt wird. Auch wenn die politischen und militärischen Konfrontationen zwischen Juden und Arabern nicht die böartigen Exzesse des Antisemitismus erklären können, so sind solche hochgradig irrationalen Feindbilder in gewaltsamen nationalen oder ethnischen Konflikten doch nicht ungewöhnlich.

4. Erweiterung der historischen Perspektive

Wie die empirischen Analysen gezeigt haben, gibt es durchaus eine Reihe von Verbindungen zwischen der NS-Zeit, ihren Erblasten und dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Aber sie sind keineswegs eindeutig und gehen nicht alle in die gleiche Richtung. Zu bedenken gilt auch, dass die Option einer Teilung Palästinas zwischen Juden und Arabern oder die Idee

eines Transfers von Teilen der alteingesessenen arabischen Bevölkerung älter sind als der Zweite Weltkrieg oder der Holocaust. Wenn man die Ursprünge und Voraussetzungen für den israelisch-palästinensischen Konflikt verstehen will, dann muss man die historische Perspektive erweitern. Denn diese Ursprünge liegen in Europa in einem weiteren Sinne; in seinem Nationalismus und Antisemitismus insgesamt, auch in seinem Kolonialismus und Imperialismus. Die Risiken der zionistischen Programmatik und des damit verbundenen einzigartigen Gründungsprojekts für einen Nationalstaat, dessen Territorium noch gar nicht existierte, waren von Anfang an offensichtlich, obwohl manchmal verleugnet, heruntergespielt oder mit den damals weit verbreiteten Argumentationsfiguren vom altruistischen westlichen Paternalismus gegenüber den unterentwickelten Völkern kaschiert. David Ben-Gurion selbst meinte schon 1919:

Jeder erkennt das Problem in den Beziehungen zwischen den Juden und den Arabern, aber nicht jeder erkennt, dass dieses Problem keine Lösung hat. (...) Der Interessenkonflikt zwischen den Juden und den Arabern in Palästina kann nicht durch Scheinargumente gelöst werden. Ich kenne keinen Araber, der damit einverstanden wäre, dass Palästina uns gehört. (...) Dies ist eine nationale Frage. Wir wollen das Land für uns, die Araber wollen das Land für sich.

(Tom Segev, Es war einmal ein Palästina, München 20015, S. 129)

Wladimir (Zeev) Jabotinsky, der Präsident der Revisionisten, des Vorläufers des Likud, ging noch weiter. In seinem berühmten Essay über die „Eiserne Mauer“, der zuerst 1923 auf Russisch erschienen ist, schrieb er:

(...) es ist völlig unmöglich, die freiwillige Zustimmung der palästinensischen Araber dazu zu bekommen, dass „Palästina“ aus einem arabischen Land in ein Land mit einer jüdischen Mehrheit umgewandelt wird. (...) Ich schlage meinen Lesern vor, sich alle Präzedenzfälle vor Augen zu halten, mit denen sie vertraut sind, und zu prüfen, ob es auch nur einen einzigen Fall gibt, in dem eine Kolonisation mit der Zustimmung der einheimischen Bevölkerung durchgeführt wurde. Es gibt keinen solchen Präzedenzfall. Die Einheimischen (...) haben sich immer mit Händen und Füßen gegen die Kolonisatoren gewehrt.

(Vladimir Jabotinsky, The Iron Wall, The Jewish Herald vom 4. November 1923, www.jewish-virtuallibrary.org/jsource/Zionism/ironwall.html, meine Übersetzung)

Kurz nach dem Zionistischen Kongress in Basel von 1897 hatten schon die Wiener Rabbis zwei Vertreter auf eine Untersuchungs-Mission nach Palästina geschickt, um Theodor Herzls Ideen von einem jüdischen Staat vor Ort zu prüfen. Das Ergebnis dieser Mission war ein Telegramm nach Wien, in dem es hieß: „Die Braut ist wunderschön, aber sie ist schon mit einem anderen Mann verheiratet.“ (Avi Shlaim, The Iron Wall: Israel and the Arab World, New York 2000, S. 3, meine Übersetzung)

Interessanterweise unterscheiden sich diese Einschätzungen nur wenig von der seriösen Literatur auf der arabischen Seite, wie die folgende Zusammenfassung der Mandatszeit bei Rashid Khalidi zeigt:

Hätten die Palästinenser eine solche Vorstellung (von einer nationalen Heimstätte in Palästina für ein anderes Volk) in der einen oder anderen Form akzeptiert, dann hätte das zweifellos den lächerlichen, aber weit verbreiteten Vorwurf entkräftet oder zumindest abgemildert, ihr Widerstand gegen den Zionismus beruhe auf nichts anderem als Antisemitismus und nicht etwa auf dem Bewusstsein, dass sie ein kolonialisiertes Volk seien, das seinen Status als Mehrheit schützen und die Unabhängigkeit in seinem eigenen Land erkämpfen wollte. (...) In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu begreifen, dass die Palästinenser die jüdischen Einwanderer nicht in erster Linie als verfolgte Flüchtlinge betrachteten, so wie sie im Rest der Welt meistens gesehen wurden. Für sie waren sie eher arrogante Eindringlinge aus Europa, die nicht akzeptieren wollten, dass die Palästinenser ein Volk waren oder nationale Rechte in ihrem eigenen Land hatten, sondern stattdessen annahmen, Palästina gehöre ihnen, den Juden, und kaltherzig entschlossen waren, diese Annahme in die Realität umzusetzen.

(Rashid Khalidi, *The Iron Cage: The Story of the Palestinian Struggle for Statehood*, Boston 2006, S. 120-121, meine Übersetzung)

Die Grundkonstellation des Konflikts zwischen dem Zionismus und den palästinensischen Arabern hat also gar nichts mit dem NS-Regime oder mit arabischer Kollaboration zu tun. Freilich haben die Nazi-Ära und der Holocaust die existenzielle Bedeutung einer „nationalen Heimstätte“ auf Seiten der Zionisten und schließlich auch vieler anderer Juden auf dramatische Weise bekräftigt. Und die NS-Zeit hat auch eine schon vorher erkennbare, aber noch nicht dominante Tendenz im arabischen Nationalismus und islamischen Fundamentalismus verstärkt: eine Verwischung der Grenzlinie zwischen Antizionismus und Antisemitismus – auch wenn sich das Narrativ einer engen Verbindung zwischen arabischem Antisemitismus und der Entstehung des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht aufrechterhalten lässt.

5. Politische Schlussfolgerungen

Wenn man mit historischer Verantwortung politisch argumentieren will – und zwar seriös und nicht bloß als Fortsetzung des Konflikts mit den Waffen des Geschichts-Diskurses –, dann bleibt zunächst und vor allem die singuläre Schuld Deutschlands an der Schoah festzuhalten, am Massenmord an sechs Millionen Juden. Die NS-Zeit und der Holocaust werden in den Beziehungen zwischen Deutschland und Israel immer ein wichtiger Bezugspunkt bleiben. Damit verbindet sich auf der deutschen Seite ein verpflichtendes Erbe, entschieden gegen Rassismus, insbesondere Antisemitismus, aufzutreten und freundschaftliche Beziehungen zu Israel zu pflegen, für die es im Übrigen viele gute Gründe gibt.

Die Beziehungen zwischen der NS-Zeit, dem Holocaust und dem Nahost-Konflikt dagegen sind komplexer und widersprüchlicher, als es auf den ersten Blick erscheinen mag – und damit auch die Verteilung der historischen Verantwortung. Die Einbettung dieses Konflikts in die europäische (Welt-)Geschichte und den Siedlungskolonialismus einer selbst bedrängten und verfolgten Gruppe verweist über die Delegation europäischer Probleme an die palästinensischen Araber auf eine zentrale Ursprungsverantwortung des europäischen Nationalismus, Antisemitismus und Imperialismus. Auch daraus lassen sich grundsätzliche Forderungen nach Formen der Wiedergutmachung ableiten. Solche Anforderungen sind jedoch in Bezug zu setzen zur historischen und aktuellen arabisch-palästinensischen Mitverantwortung für den Konflikt. Das gilt zum einen für Auswanderungsdruck und Vertreibung von Juden aus arabischen und anderen islamisch geprägten Ländern seit dem ersten israelisch-arabischen Krieg, mit Vorläufern in antijüdischen Pogromen in Palästina, Ägypten und Irak während der Mandatszeit. Es gilt zum zweiten für den Radikalismus des Mufti von Jerusalem und seine Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Regime. Zwar kann man die arabische bzw. islamische Seite nicht kollektiv für die Fehler, Vergehen und Verbrechen ihres bedeutendsten Vertreters im Mandat Palästina haftbar machen, aber man kann sie auch nicht pauschal entlasten, solange und insoweit sie keinen klaren Trennungsstrich zu seinen Sympathien für den Nationalsozialismus und zu seinem Antisemitismus zieht.

Insgesamt erweist sich der potenzielle Konflikt zwischen den verschiedenen historischen Verantwortungen Deutschlands allein und als Teil Europas bei genauerem Hinsehen als weniger dramatisch als erwartet. Denn die allgemeinen ethischen und die besonderen historischen Verpflichtungen Deutschlands sowohl gegenüber Israel als auch gegenüber den palästinensischen Arabern decken sich weitgehend mit den realpolitischen. Israels Existenz kann im Lichte der Geschichte des Konflikts und seiner Aktualität am besten durch einen historischen Kompromiss mit der im gewaltsamen Gründungsakt unterlegenen, aber nicht marginalisierten Partei gesichert werden. Nach fast 70 Jahren erfolgreicher eigener Staatlichkeit geht es für Israel immer noch darum, den zweiten Teil der Programmatik von Wladimir Jabotinsky umzusetzen, der wahrlich alles andere als friedensbewegt war: Frieden zu schließen mit der arabischen Welt, die die Existenzberechtigung Israels inzwischen weitgehend anerkennt.

Das ist leichter gesagt als getan, denn für einen stabilen Frieden müssen Voraussetzungen auf beiden Seiten gegeben sein. Israel braucht dafür nicht mehr, sollte aber auch nicht weniger tun, als glaubwürdig die Breitschaft zu signalisieren, seinen Anspruch auf die Westbank und

auf Ostjerusalem aufzugeben, sich mit den Palästinensern über die Flüchtlingsfrage zu verständigen und das Embargo gegenüber Gaza zu beenden für den Fall eines Arrangements, das die Sicherheit des Staates und seiner Bürger zuverlässig und dauerhaft gewährleistet. Es gibt keine Garantie, dass die andere Seite sich auf eine solche Programmatik konstruktiv einlassen wollte oder könnte, aber die gegenwärtige Führung in Israel versucht es nicht einmal. Dass dabei auch Ängste im Spiel sind, wird gerade von deutscher Seite zu respektieren sein. Aber es sind Ängste, die politisch missbraucht werden, etwa wenn Ministerpräsident Netanjahu Kritikern der Siedlungspolitik vorwirft, sie verfolgten eine Strategie der „ethnischen Säuberung“ gegenüber Israel.

Deutschland kann diskrete und offene diplomatische Beiträge für den Friedensprozess leisten sowie wirtschaftliche Hilfe und Beobachtungs- und Monitoring-Dienste anbieten, gegebenenfalls auch bei aktiver Friedenssicherung mitwirken. Es kann für einen historischen Kompromiss werben, der ausdrücklich seine Mitverantwortung aus unterschiedlichen historischen Kontexten für das Leben und das Wohlergehen *beider Seiten* bejaht. Das heißt aber auch, entschieden zu Verhaltensweisen beider Seiten auf Distanz zu gehen, wenn sie diesem Kompromiss offensichtlich entgegenstehen. Denn der *status quo* in den israelisch-palästinensischen Beziehungen ist auf Dauer unhaltbar. Wenn Israel überleben und wohl leben will, wird es einen Teil der zionistischen und erst recht der neo-zionistischen Ideologie und Praxis aufgeben oder wenigstens begrenzen müssen: Kolonisation und deren national-religiöse Legitimierung.